

2. Säule: Widerstand aus den eigenen Reihen

Einzelne Pensionskassen-Vertreter wenden sich gegen die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge

Die linken Referendumsführer bekommen Unterstützung von unerwarteter Seite: Fachleute der 2. Säule werfen dem Bund vor, mit zu pessimistischen Zahlen zu argumentieren.

VON YVES DEMUTH

Am 7. März befinden die Stimmbürger darüber, ob sie mit einer Senkung des Umwandlungssatzes für Pensionskassen von 6,8% auf 6,4% künftig eine geringere Rente in Kauf nehmen wollen. Die Versicherungsbranche empfiehlt ein Ja – aber es gibt Abweichler. «Die Befürworter einer Senkung verbreiten unbegründet Angst vor unterfinanzierten Pensionskassen», sagt etwa Herbert Brändli, Präsident der Vorsorgestiftung Profond.

Die Argumente der Befürworter findet er nicht stichhaltig: «Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass Pensionskassen die notwendigen Erträge von rund 5 Prozent künftig nicht mehr erarbeiten können.» Kritik übt Brändli auch an den

Rendite-Modellrechnungen des Bundes und der Versicherungswirtschaft. «Sie beruhen auf Prognosen, die sich in der Vergangenheit stets als zu pessimistisch erwiesen haben.» Die langfristig erzielten Erträge seien höher gewesen. Zudem habe sich die vom Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) propagierte Finanzierungslücke von jährlich 600 Millionen Franken mit der Erholung der Finanzmärkte verflüchtigt.

PENSIONSKASSENEXPERTE Martin Wechsler, als Kolumnist beim Wirtschaftsmagazin «Bilanz» nicht als Linker bekannt, kritisiert dies ebenfalls: «Eine frühere Rechnung des BSV zeigt, dass den Pensionskassen beim aktuellen Umwandlungssatz rund 200 Millionen pro Jahr fehlen. In den Abstimmungsunterlagen wird dieser Betrag neu auf 600 Millionen Franken geschätzt. Diese Verdreifachung ist unklar.»

Laut Wechsler ist der tiefere Umwandlungssatz von 6,4% im obligatorischen Teil der Pensionskasse zwar korrekt – wenn auch die Senkung zu

einem späteren Zeitpunkt erfolgen könne. Trotzdem ist Wechsler gegen die Senkungsvorlage. Er befürchtet, dass die heute wesentlich tieferen Umwandlungssätze im überobligatorischen Teil nach einer Senkung kaum steigen würden, wie es gerechtfertigt wäre. «Somit wären die Versicherten die Betroffenen.»

DAVID PITTET, Direktor der Pensionskassenberatungsfirma Pittet und Präsident der Interessengemeinschaft autonomer Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen, ist aus anderen Gründen gegen eine Senkung. Er sieht dadurch die Glaubwürdigkeit der Altersvorsorge gefährdet, wie er in Westschweizer Medien betont hat. Lieber würde Pittet wenn nötig die Beiträge leicht erhöhen.

Direktionskollege Stéphane Riesen kritisierte zudem, dass der von Experten des Bundes berechnete technische Zinssatz, welcher der Senkung zugrunde liegt, tiefer sei als die Performance, welche die autonomen Vorsorgewerke seit Beginn der obligatorischen beruflichen Vorsorge 1985 erwirtschaftet haben.

Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm kritisiert einen anderen Punkt: Die Höhe des Umwandlungssatzes ist laut Strahm zwar nicht sakrosankt und müsse 2013 oder 2015 aufgrund der Alterung der Gesellschaft neu diskutiert werden. «Dessen jetzige, vorgezogene Senkung ist ein Ausweichmanöver vor den schlechten Anlagerenditen, die durch die hohen Verwaltungskosten und die Börsenverluste vieler Kassen verursacht sind.»

EINE REDUKTION der Verwaltungskosten um einen Drittel hätte denselben Spareffekt wie die vorgesehene Senkung des Umwandlungssatzes, so Strahm. Mit neuen und vereinfachten Anlagevorschriften könnten Anlageprodukte mit hohen Gebühren und Risiken ausgeschlossen und Beratungshonorare eingespart werden. Darauf solle die Politik hinwirken, fordert Strahm.

Bundesrat und Parlament befürworten die Senkung des Umwandlungssatzes mit dem Verweis auf sinkende Renditeerträge und eine steigende Lebenserwartung.